WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 16.04.2026 | Laura Carvalho

Krisenfest

Der Hormus-Schock legt offen, wie stark viele Länder von Energieimporten abhängig sind. Wer auf Erneuerbare setzt, ist klar im Vorteil.

Die Sperrung der Straße von Hormus hat eine vom Internationalen Währungsfonds als „global, aber asymmetrisch“ beschriebene Störung ausgelöst, die den Fluss von rund einem Viertel des Öls, einem Fünftel des Flüssigerdgases und von einem Drittel des Düngemittelangebots unterbricht. Die Energie- und Düngemittelpreise sind gestiegen, Lieferketten wurden umgeleitet, und die finanzielle Lage hat sich – weltweit ungleichmäßig – verschärft.

Importabhängige Volkswirtschaften in Asien, Afrika und Teilen Europas sind am stärksten betroffen; viele sind mit höheren Anleihe-Spreads und Herabstufungen ihrer Bonität konfrontiert. Während die Zentralbanken ihre Reaktionen auf die steigenden Kraftstoff- und Lebensmittelpreise abwägen, schränkt der Anstieg der globalen Zinssätze den ohnehin schon geringen fiskalischen und politischen Spielraum der Entwicklungsländer weiter ein.

Doch wenn der „Hormus-Schock“ wirtschaftliche Schwachstellen offenbart hat, so hat er auch etwas anderes deutlich gemacht: die krassen Unterschiede dabei, wie Länder Turbulenzen verkraften. Eine der markantesten Trennlinien in der heutigen Welt verläuft nicht einfach zwischen Öl exportierenden und Öl importierenden Ländern, sondern zwischen Ländern, deren Energiesysteme sie angreifbar machen, und solchen, die schon lange vor Beginn der Krise begannen, auf die Sicherheit ihrer Energieversorgung hinzuarbeiten.

Spaniens Revolution im Bereich der erneuerbaren Energien zeigt am deutlichsten, was möglich ist.

Spaniens Revolution im Bereich der erneuerbaren Energien zeigt am deutlichsten, was möglich ist. Das rasante Wachstum bei Wind- und Solarenergie hat den Anteil der Stunden, in denen Gas den inländischen Strompreis bestimmt, von 75 Prozent im Jahr 2019 auf nur noch 19 Prozent im Jahr 2025 gesenkt – der stärkste Rückgang unter den

großen gasabhängigen Strommärkten Europas. Während die Großhandelspreise für Strom in Deutschland und Italien während des Hormus-Schocks deutlich über 150 Euro pro Megawattstunde lagen, wird für Spanien für 2026 ein durchschnittlicher Großhandelspreis von 60 bis 70 Euro pro Megawattstunde prognostiziert.

Brasiliens umfangreiche Biokraftstoff-Infrastruktur hat, wenn auch auf anderem Weg, einen ähnlichen Puffer geschaffen. Millionen brasilianischer Autofahrer können zwischen 100-prozentigem Ethanol aus Zuckerrohr oder Benzin mit 30 Prozent Biokraftstoffanteil wählen, unterstützt durch eine der weltgrößten Flotten von Flex-Fuel-Fahrzeugen. Da das heimische Benzin einen erheblichen Biokraftstoffanteil enthält, ist der vom staatlichen Energiekonzern Petrobras raffinierte Kraftstoff deutlich billiger geblieben als importierte Benzinäquivalente, was die Verbraucher vor den Schwankungen des globalen Ölmarktes schützt. Die brasilianischen Benzinpreise stiegen im März nur um fünf Prozent, verglichen mit rund 30 Prozent in den USA, und Mexikos Präsidentin hat öffentlich Interesse an Brasiliens Ethanol-Technologien bekundet, etwa an der Produktion auf Agavenbasis.

Auch China hat sich als widerstandsfähiger erwiesen, als viele vermutet hätten. Nach einem Jahrzehnt der Investitionen machen erneuerbare Energien fast 40 Prozent der Stromerzeugung aus, gegenüber 26 Prozent vor zehn Jahren, und das Land hat strategische Erdölreserven von mehr als 1,2 Milliarden Barrel angehäuft. Infolgedessen hat Goldman Sachs seine Prognose für Chinas BIP-Wachstum nur halb so stark nach unten korrigiert wie die für die USA, und es hat die Dominanz der erneuerbaren Energien als einen der „Schutzschilde“ der chinesischen Wirtschaft identifiziert.

Es ist daher kein Wunder, dass Energieanalysten den Iran-Krieg als „Asiens Ukraine-Moment“ bezeichnen. So wie die russische Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 Europa zwang, seine Abhängigkeit von Erdgas zu verringern, setzt der Hormus-Schock die asiatischen Länder unter Druck, ihre Ölabhängigkeit zu reduzieren. Darüber hinaus sind sauberere Alternativen heute deutlich billiger und leichter verfügbar als noch im Jahr 2022.

Jedes Land muss sich fragen, wie viel Kontrolle es über sein Energiesystem

Die Lehre ist klar: Anfälligkeit ist eine Funktion struktureller und politischer Entscheidungen, nicht nur der Handelsbilanzen. Jedes Land muss sich fragen, wie viel Kontrolle es über sein

hat, wie stark seine Versorgung diversifiziert ist und ob es seine Bevölkerung ausreichend abgesichert hat.

Energiesystem hat, wie stark seine Versorgung diversifiziert ist und ob es seine Bevölkerung ausreichend gegenüber den Entwicklungen auf den globalen Rohstoffmärkten abgesichert hat. Für von fossilen Brennstoffen abhängige Volkswirtschaften, die die Energiewende vernachlässigt haben, gilt eine zusätzliche Warnung: Wenn diese Krise den Umstieg anderer Länder auf erneuerbare Energien beschleunigt, könnten gestrandete Vermögenswerte und schrumpfende Exportmärkte die Folgen künftiger Schocks noch verschärfen.

Während viele Regierungen darauf warten, dass die multilateralen Institutionen reagieren, verändert sich die Realität vor Ort rasant. Gleichzeitig bietet sich Öl- und Gasproduzenten eine seltene Chance. Wie die Ökonomen Isabella M. Weber und Gregor Semieniuk von der *University of Massachusetts Amherst*argumentiert haben, sind Preisschocks bei fossilen Brennstoffen Umverteilungsereignisse: Die Kosten werden der gesamten Bevölkerung auferlegt, während die Gewinne nur den Aktionären zufließen. Deshalb sind Steuern auf Zufallsgewinne, wie sie kürzlich von fünf EU-Finanzministern befürwortet wurden, so dringend erforderlich.

Die zusätzlichen Einnahmen könnten zwei dringenden Prioritäten dienen. Die erste ist der Verbraucherschutz. Höhere Energiepreise sind eine regressive Steuer für die Armen. Ohne aktives Eingreifen wird diese Krise die Ungleichheit in den Öl exportierenden Ländern vertiefen, genau wie anderswo. Kurzfristige Subventionen, gezielte Energiegutscheine und Preisstabilisierungsmechanismen sind legitime Verwendungszwecke für Zufallsgewinne, gerade weil der Schock vorübergehender Art ist und die Einnahmen nicht von Dauer sein werden.

Die zweite Priorität sind strukturelle Investitionen. Staatliche Unternehmen wie Petrobras haben bereits begonnen, in Biokraftstoffe und kohlenstoffarme Technologien zu investieren, und die Hormus-Krise könnte ihnen zusätzliche Mittel für diesen Zweck verschaffen.

Ebenso bieten Staatsfonds einen bewährten Mechanismus zur Institutionalisierung der Verbindung zwischen Zufallsgewinnen und den langfristigen Zielen der Energiewende. Der malaysische Staatsfonds beispielsweise hat 1,5 Milliarden RM (378 Millionen US-Dollar) für die Dekarbonisierung von Industrieparks bereitgestellt und baut grüne

Investitionsplattformen auf, die auf erneuerbare Energien, Speicherung und E-Mobilität zielen. Indonesiens neuer Staatsfonds *Danantara* hat Vereinbarungen zur Entwicklung von Anlagen für erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff geschlossen und verbindet damit den Rohstoffreichtum direkt mit Wertschöpfungsketten für saubere Technologien.

Selbst Senegal, ein relativ kleiner Produzent, hat über sein Staatsfonds-Vehikel FONSIS einen Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz eingerichtet. Er mobilisiert Kapitalbeteiligungen im Bereich der erneuerbaren Energien in der gesamten Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion und positioniert sich zudem so, dass künftige Gaseinnahmen in die grüne Industrialisierung fließen.

Auf diese Weise schaffen Länder den Übergang von der Abhängigkeit zur Autonomie: Sie wandeln die Rentenerträge von gestern in das Kapital von morgen um. Diese Chance zu nutzen, bedeutet, vorübergehende Gewinne in dauerhafte Vermögenswerte umzuwandeln und eine grüne Industriestrategie als unverzichtbar für die nationale Widerstandsfähigkeit zu behandeln. Die Länder, die jetzt handeln, werden froh darüber sein, wenn die nächste Krise kommt.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Laura Carvalho
São Paulo

Laura Carvalho ist Direktorin für Wirtschafts- und Klimawohlstand bei den *Open Society Foundations* sowie außerordentliche Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von São Paulo.